DEUTSCHE BAUZEITUNG

MIT DEN BEILAGEN: STADT UND SIEDLUNG / WETTBEWERBE
KONSTRUKTION UND AUSFÜHRUNG / BAUWIRTSCHAFT UND BAURECHT

HERAUSGEBER: PROFESSOR ERICH BLUNCK
SCHRIFTLEITER: REG.-BAUMSTR. FRITZ EISELEN

Alle Rechte vorbehalten. — Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

60. JAHRGANG BERLIN, DEN 6. NOVEMBER 1926 Nr. 89

Hochhaus-Entwurf für das Geschäftshaus des Hannoverschen Anzeigers zu Hannover.

Architekt: Lorenz, B.D.A., Hannover. (Hierzu eine Bildbeilage und die Abb. S. 725.)

Grundsätzlich werden Entwürfe zu Bauten, soweit es sich nicht um Wettbewerbe handelt, in der „Deutschen Bauzeitung" nur ausnahmsweise veröffentlicht. Der Fall scheint uns hier aber gegeben, einerseits durch die künstlerische Bedeutung des Entwurfes, ferner durch die interessante Verbindung mit einem Planetarium, das den oberen Abschluß des Geschäftshauses bilden sollte. Wir können dem Entwurf, über dessen Ausführung noch keine endgültige Entscheidung getroffen ist, nur wünschen, daß er verwirklicht wird. Er würde eine Bereicherung des Stadtbildes von Hannover darstellen. Wir lassen nachstehend einige Ausführungen über die Ausgestaltung des Baues nach den Angaben des Architekten folgen.

Die Schriftleitung.

Der vorliegende Entwurf wurde im Auftrag des „Hannoverschen Anzeigers" von dem Verfasser im Jahre 1925/26 ausgearbeitet und von den zuständigen

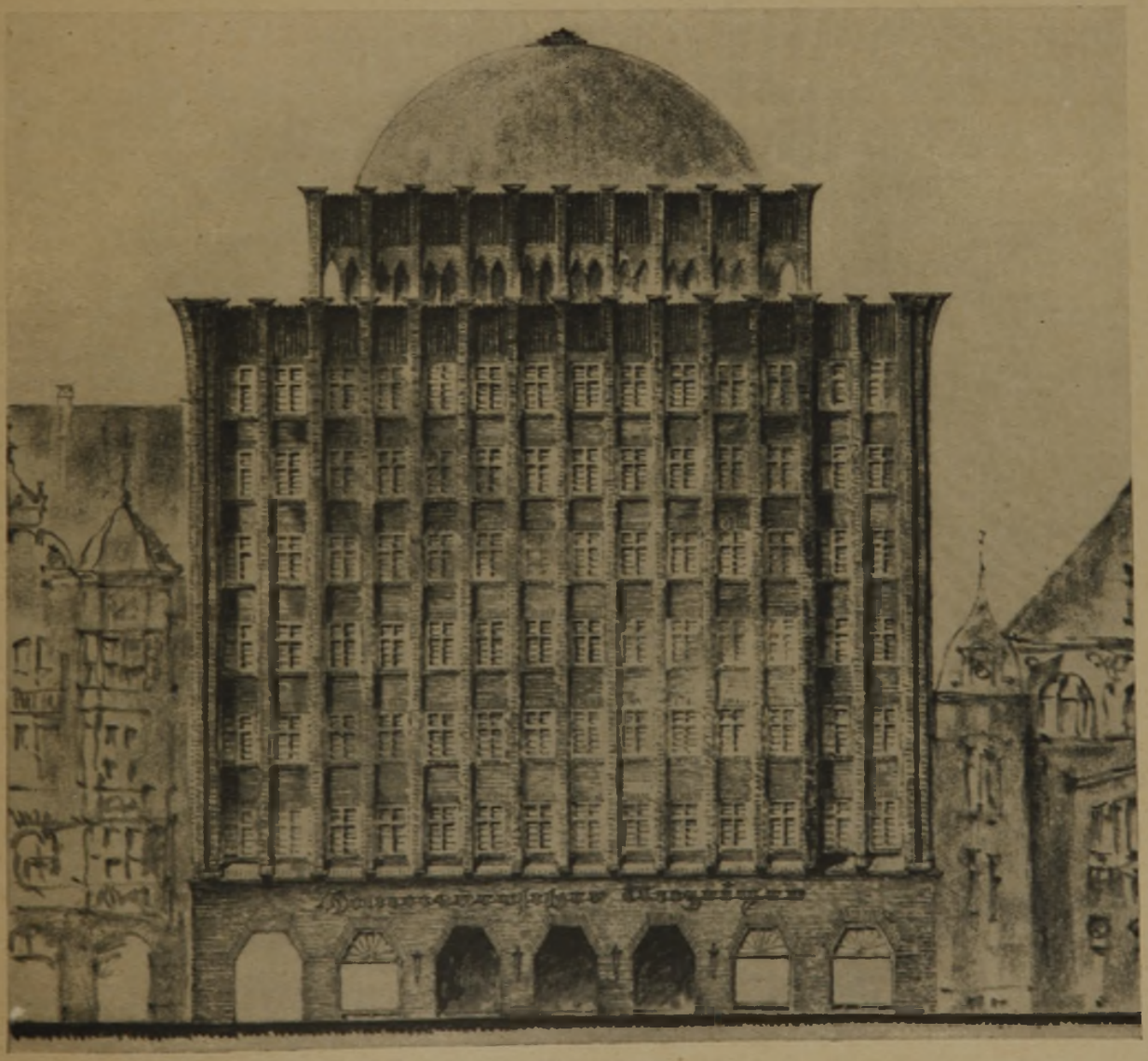


Abb. 1. Fassade an der Goseriede mit Aufbau eines Zeiß'schen Planetariums zwischen den Nachbarhäusern.

Stellen, einschließlich des Ministers für Volkswohlfahrt, der sich bekanntlich die Genehmigung von Hochhäusern in Preußen vorbehalten hat, ohne wesentliche Einschränkung genehmigt.

Das Grundstück liegt (vgl. Lageplan Abb. 6, S. 723) am nördlichen Rande des Platzes „an der Goseriede", der mit dem verkehrsreichen Kreuzungsplatz „Am Steintor" durch die Nordmannstraße verbunden ist. Die Achse der Nordmannstraße schneidet sich in ihrer Verlängerung über den Platz an der Goseriede hinaus ziemlich genau mit der Längsachse des Grundstückes in der mittleren Eingangsöffnung zur Vorhalle des zu errichtenden Hochhauses. Vom Steintor aus also wird der Blick des Beschauers, ungehindert durch die wenig eindrucksvollen, beiderseitigen Häuserkulissen der Nordmannstraße hindurch, unmittelbar auf das Bauwerk hingeleitet. (Vgl. Schaubild auf Bildbeilage.) In seiner Gebundenheit zwischen beiderseits mit bewegter Silhouette gebauten Grundstücken, — von denen das linksseitige Gebäude eine Höhe von etwa 30 m bis zur Giebelspitze erreicht —, konnte nach der Überzeugung des Verfassers nur ein, in seiner Höhenentwicklung fest-

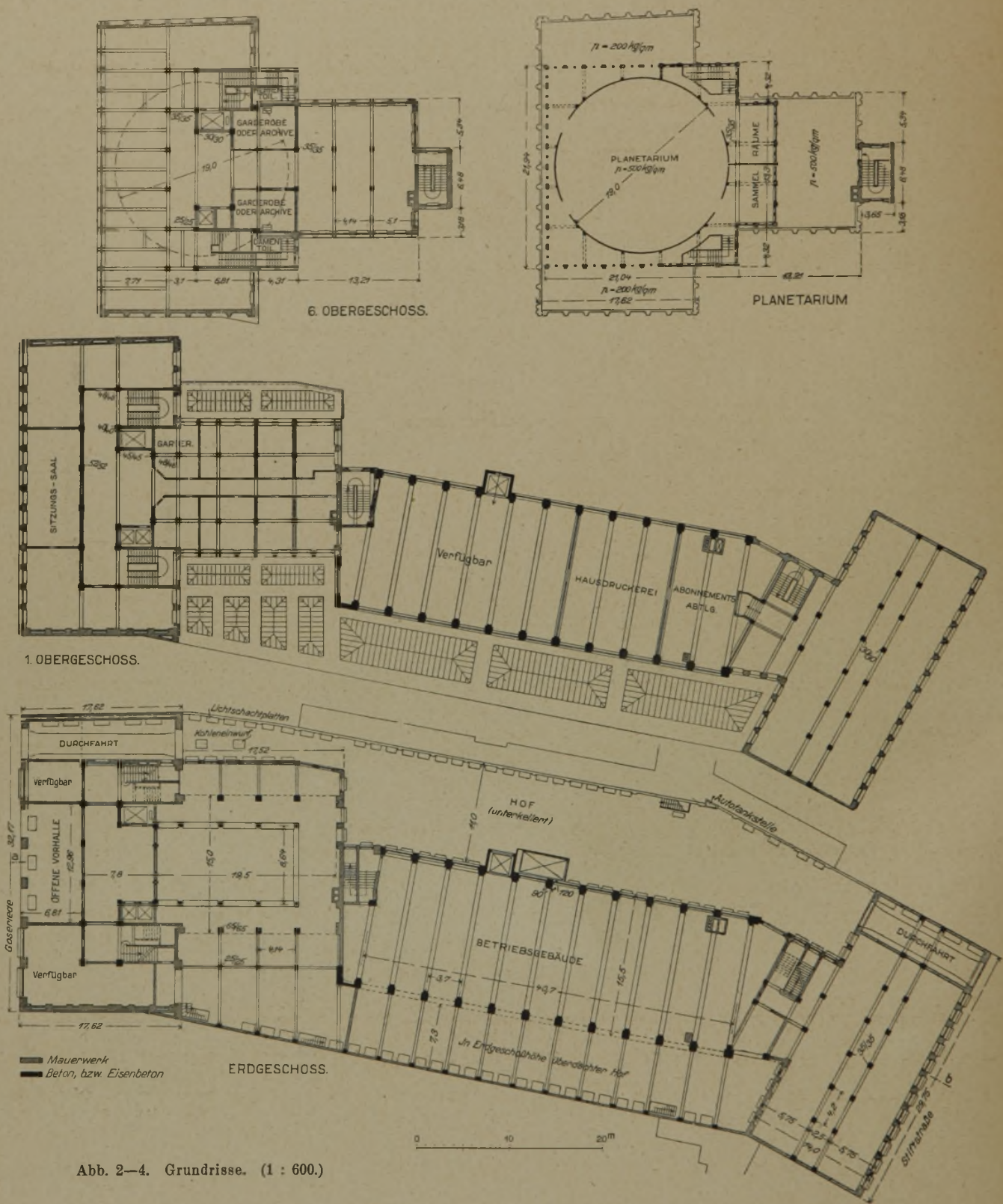
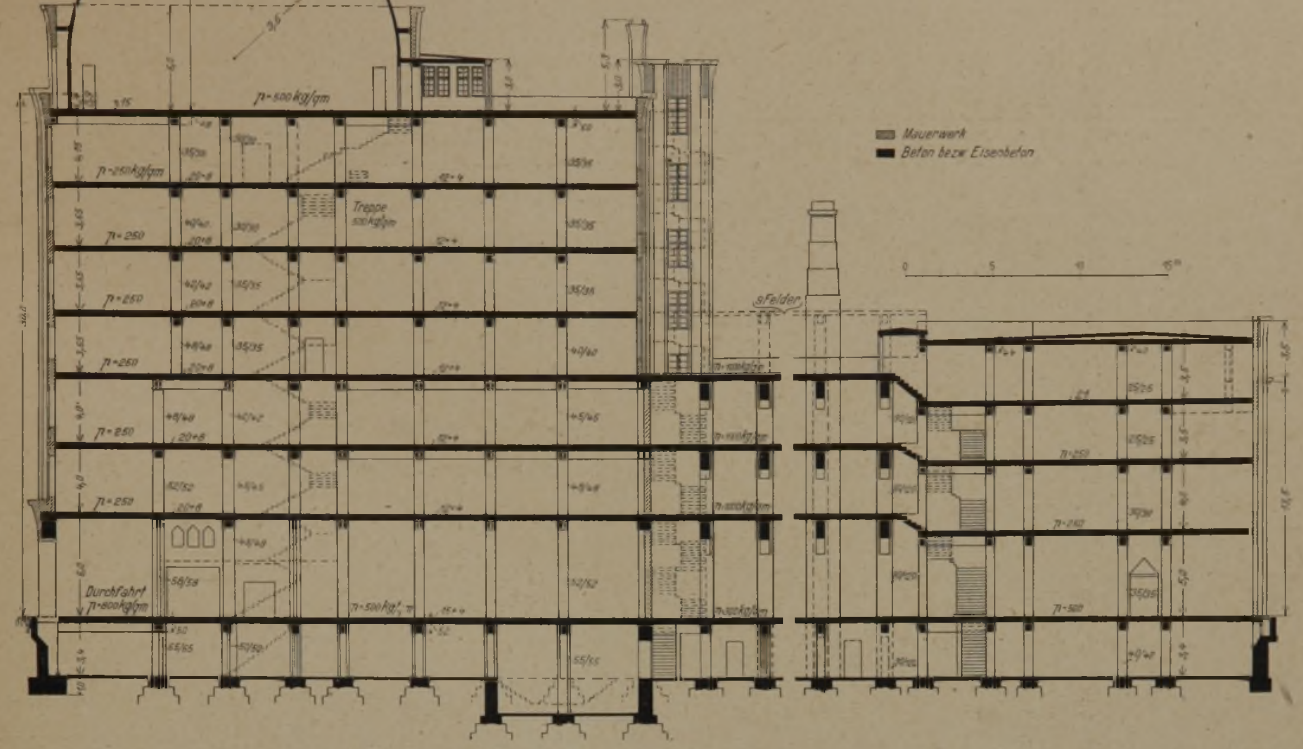


Abb. 2—4. Grundrisse. (1 : 600.)

geschlossener Baukörper wirkungsvoll in die Erscheinung treten, der kräftig genug war, die geforderte, seiner inneren Bestimmung nicht einwandfrei genehme Kuppel eines Zeiß'schen Planetariums als Bekrönung aufzunehmen. (Vgl. Fassade Abb. 1, S. 721 und Schaubild Abb. 8, S. 725.)

Die Firma Zeiß in Jena forderte ein Mindestmaß von 20 m für den Durchmesser der Kuppel und eine

Abb. 5. Längsschnitt in der Hauptachse.
(1 : 400.)



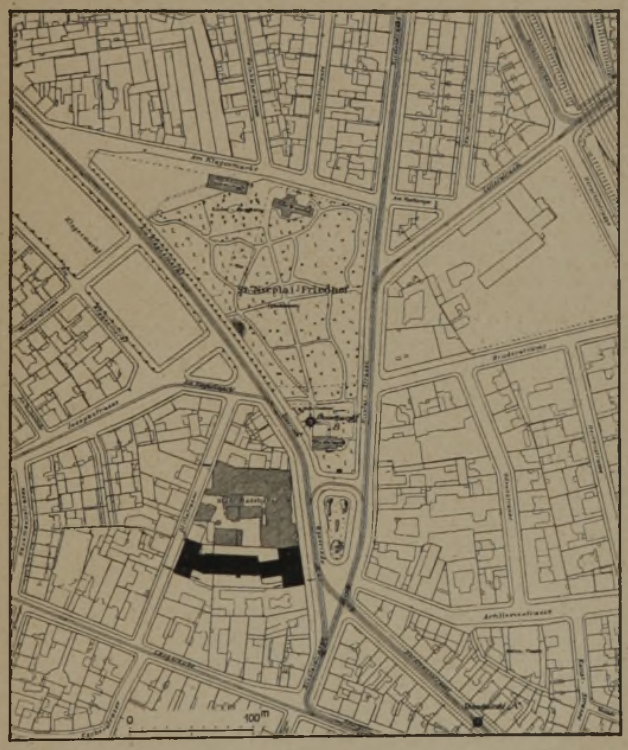


Abb. 6. Ausschnitt aus dem Stadtplan mit dem Hochhaus.
(Maßstab 1 : 6000.)

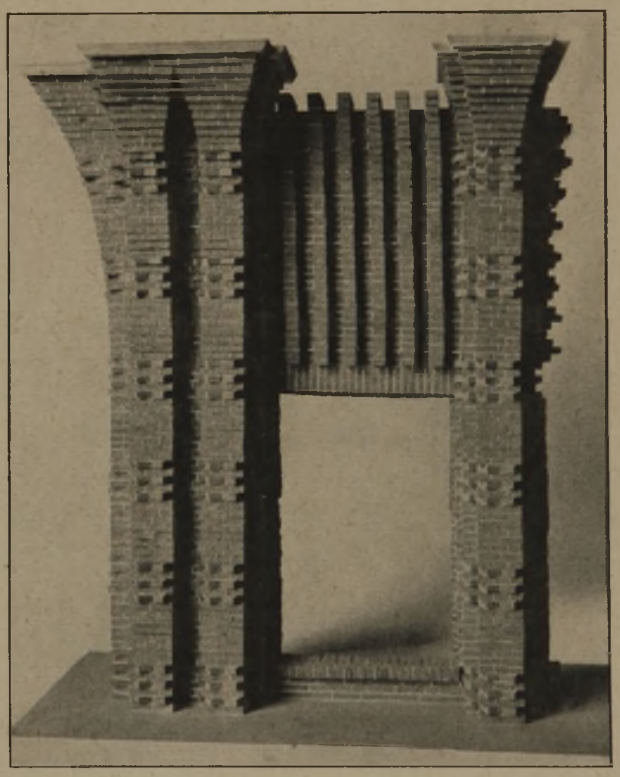


Abb. 7. Oberer Abschluß der Front nach Modell.

Höhe des Horizontes von 3 m, also eine Gesamthöhe bis zum Scheitel von 13 m. Die Frontbreite des Bauplatzes beträgt rund 32 m.

Daneben standen mit Rücksicht auf die hohe Lage des Versammlungsraumes naturgemäß weitgehende Forderungen der Baupolizei und der Branddirektion für die Sicherung des Verkehrs des das Planetarium besuchenden Publikums, in bezug auf die Anlage von Treppen, Aufzügen und Notausgängen unmittelbar ins Freie. Auf diese Darlegungen begründet sind die Zurückhaltung der Kuppel hinter die gestaffelte, durchbrochene Galerie und die nach den vorderen und rückwärtigen Plattformen vorgesehenen Notausgänge, die eine ungehinderte Erreichung der dritten, zwischen Verwaltungs- und Betriebsgebäude belegenen, bis zur Plattform hochgeführten, Treppe gewährleisteten.

An Hand eines, auf Veranlassung des Baupolizeiamtes von dem in Frage kommenden Stadtteil angefertigen Gipsmodells im Maßstab 1 : 500 wurden die städtebaulichen Belange eingehend überprüft und, ge-

fördert durch die liebenswürdige Beratung des Stadtbaurats, Senator Elkart, wurde die endgültige, jetzt vorliegenge Gestaltung der Silhouette des Hauptbaukörpers festgelegt. Das gleiche gilt von der Durchbildung des architektonischen Aufbaues des Hauses an der Stiftstraße.

Als Verblendmaterial für beide Häuser sind Oldenburger dunkelbunte Verblendklinker vorgesehen, die Architekturgliederung in einer Formbildung, wie sie das abgebildete Modell, in 1 : 20 ausgeführt, zeigt. (Vgl. Abb. 7, S. 723.) Die Kuppel soll vollständig in Kupfer gedeckt werden.

Das Grundstück besitzt von der Goseriede bis zur Stiftstraße eine Tiefe von rund 100 m und ist in dieser Gesamtausdehnung viergeschossig einschl. des Kellergeschosses für die Zwecke der Zeitung bestimmt. Die darüberliegenden Geschosse des Hauptbaues an der Goseriede, also drittes bis sechstes Geschoß und die Obergeschosse an der Stiftstraße, sind zur Vermietung für Bürozwecke und dgl. vorgesehen.

Die Grundrißgestaltung des Hauptbaues (vgl. die Grundrisse Abb. 2—4, S. 722) nimmt drei Achsen für eine offene Vorhalle in Anspruch, denen sich linksseitig zwei Achsen für einen Verkaufsraum und für die Durchfahrt, rechtsseitig die gleiche Zahl, ebenfalls für Verkaufszwecke, als Buchhandlung, Theaterkassen, Reisebüro usw. anschließen. Je nach Bedarf können diese Räume unmittelbar von der Straße aus oder auch von der der Vorhalle angegliederten geschlossenen Eingangshalle aus zugängig sein. Die Eingangshalle leitet dann weiter, beiderseits zu den Aufzügen und Haupttreppenhäusern und in der Längsachse nach dem ausschließlich für den Verkehr mit dem Publikum bestimmten Expeditionsraum, der dreischiffig angeordnet mit 5,70 m i. L. hohen Mittelschiff für das Publikum, und seitlich anschließend die erforderlichen Schalter für Anzeigen und Offerten mit dahinter befindlichen Kassen, Buchhaltungen usw. enthält. Sämtliche Räume haben einwandfreie Tagesbeleuchtung durch Seiten- und Oberlicht. Die Gesamtgrundfläche dieses Raumes beträgt rund 500 qm. (Vgl. den achsialen Längsschnitt Abb. 5, S. 723.)

Für den Verkehr nach den Verwaltungs- und Redaktionsräumen der Zeitung im I. und II. Obergeschoß und für die darüberliegenden Geschosse dienen in erster Linie das rechsseitige Treppenhaus und die anliegenden beiden Aufzüge, von denen der eine ausschließlich für die Zeitung bestimmt ist. Die Besucher des Planetariums sollen durch den linksseitigen, 4,5 qm Fläche haltenden, Aufzug in Abständen befördert werden, die ihre Regelung in der Dauer der jeweiligen Vortragszeit finden. Außerdem sind getrennte Sammelräume vor den Ein- und Ausgängen des Planetariums vorgesehen. —

Der etwa 40 m lange Mitteltrakt der Bauanlage mit freier Spannweite von 15 m dient ausschließlich der Unterbringung der Betriebsmaschinen, die in folgender Weise vorgesehen wurde: Im Erdgeschoß der Saal für Rotationsmaschinen, daneben rechtsseitig im überdachten Hof Einlegesaal mit daran anschließendem Packraum und Expedition; zwischen der letzteren und dem Maschinensaal die Stereotypie. Versand und Ausgabe der Zeitung erfolgen in Erdgeschoßhöhe aus dem Expeditionsraum heraus über den linksseitigen großen Frachthof durch die Durchfahrt bzw. durch das noch verfügbare Erdgeschoß des Hauses an der Stiftstraße nach dieser Straße hin.

Das I. Obergeschoß des Mitteltraktes im vorderen Teil soll vorläufig verfügbar bleiben für Erweiterungen im Anschluß an die Redaktionsräume des Hauptbaues, während im rückwärtigen Teil Hausdruckerei und Abonnementsabteilung untergebracht werden sollen.

Im II. Geschoß, ebenfalls wieder in unmittelbarem Anschluß an die im Hauptbau befindlichen Redaktionsräume, sollen in der Hauptsache die Setzerei Platz finden und kleine Abteilungen für Prägepressen.

Das Grundstück ist in seiner ganzen Ausdehnung unterkellert. Im Hauptbau an der Goseriede für Kleiderablagen und Aborte sowie Duschen für Personal, dann Räume für Aufzugsmaschinen, Rohrpost, für Heizung mit Brennstofflager, Pumpen, Archive usw., im Mitteltrakt für Papier- und Farbenlager, Kleiderablagen und Aborte für die Arbeiterschaft, Reserveräume für Dieselmotoren und Transformatoren für eigene Lichtbeschaffung usw.

Unter dem Frachthof befinden sich Boxen für Zeitungsautomobile, die auf elektrischer Fahrbühne befördert werden sollen.

Der gesamte innere Aufbau ist in Eisenbeton ausgeführt gedacht, wie das aus dem Schnitt hervorgeht. —

Bericht über den Tag für Denkmalpflege und Heimatschutz in Breslau 1926.

Von Reg.-Baumstr. Gerhard Wohler, Charlottenburg.

Nach Veranstaltung des letzten Tages für Denkmalpflege und Heimatschutz in Freiburg i. Br., dem südöstl. Grenzgebiet des Deutschen Reiches im Vorjahre, war für 1926 Breslau, jetzt vielleicht mehr denn je ein Hort des Deutschtums und die bedeutendste Metropole im deutschen Osten, zum Tagungsort gewählt worden. Ist an sich der Sinn dieser Tagungen ganz wesentlich darin zu sehen, daß in buntem Wechsel die verschiedensten Gebiete des Deutschen Reiches aufgesucht werden sollen, um mittels einer großzügigen Veranstaltung für die kulturerhaltenden Gedanken der Denkmalpflege und des Heimatschutzes zu werben und sie gleichsam jeweils örtlich einzuimpfen, so hat für Breslau als Tagungsort noch besonders der Gedanke mitgesprochen, daß es von je an angemessener Wertschätzung des schlesischen Kulturgebietes, vor allem im ganzen Westen, unverdientermaßen gemangelt und deshalb dieses Gebiet manche Vernachlässigung erfahren hat. Die Tagung hat deutlich gezeigt, daß es sich hier in der Tat in vieler Beziehung um eine „terra incognita" handelt, die es noch — als Beispiel sei die fast unbekannte hochwertige mittelalterliche Holzplastik Schlesiens genannt — zu erobern, der allgemeinen Kenntnis zu erschließen gilt. Hierfür nachdrücklich Anstoß gegeben zu haben, dürfte, abgesehen von den greifbaren Ergebnissen der eigentlichen Verhandlungen, als wichtigster Erfolg der Tagung zu buchen sein.

Es kommt ferner hinzu, daß auf dem Gebiete des Städtebaus, und hier vom Großen ins Kleine gehend, von den großen Planungen der Stadt- und Siedlungsbildung bis zu den in solchem Rahmen sich ergebenden Einzelgestaltungen, bedeutende und durchaus moderne Aufgaben gerade in Breslau, das im Begriff ist, die dringliche Aufgabe seiner Stadterweiterung und Altstadtsanierung einzuleiten und fortzusetzen, aber auch in Nieder- und besonders Oberschlesien in ausgedehntem Maße auf dem Gebiete der Siedlungstätigkeit vorliegen. Hier erwächst die Forderung, vorhandene alte Kulturgüter (den Gesamtcharakter der Altstadt Breslau, seine wertvollen Baudenkmale usw.) in würdiger Form zu erhalten, das Alte mit dem Neuen harmonisch zu verbinden und dem von der Gegenwart Geschaffenen ein Gepräge zu geben, das sich von der kulturellen Eigenart des Heimatbodens weder bewußt noch unbewußt löst. Auch in diesem Sinne gewinnen für das schlesische Land Denkmalpflege und Heimatschutz ihre besondere Bedeutung. —

Ein Begrüßungsabend im Remter des schönen gotischen Rathauses in Verbindung mit gastfreundlicher Bewirtung der aus allen Teilen des Reiches zusammengeströmten Teilnehmer durch die Stadt Breslau leitete am Montag, dem 20. September, die Tagung ein. Der Ausschuß des Tages für Denkmalpflege und Heimatschutz begrüßte durch einen seiner beiden Vorsitzenden (Konsuln), den Wirkl. Geh. Reg.-Rat Staatssekretär a. D. Freiherrn v. Stein, Berlin, die Erschienenen.

Ob.-Bürgermeister Dr. Wagner entbot den Willkomm der Stadt als Gastgeberin, betonte Breslaus hervorragende Bedeutung als Stätte alter Kultur, über die ungünstig zu urteilen, wie Goethe es tat, ein noch nicht ganz überwundenes Vorurteil sei. An dessen Beseitigung mitzuwirken, sei die propagandistische Aufgabe der in ihre engere Heimat wieder zurückkehrenden Tagungsteilnehmer.

Diesem Zweck diene auch das bevorstehende Erscheinen der ersten zusammenh. wissenschaftl. Darstellung der Baugeschichte Breslaus aus der Feder des Prof. Landsberger von der Breslauer Universität. Ein Hinweis auf die beachtenswerten Bauschöpfungen der Neuzeit, die angebahnte Eingemeindung und Stadterweiterung mit dem Zweck, Hunderttausenden gesunde Wohnungen zu schaffen, und damit zugleich ein verloren gegangenes Heimatgefühl erneut in ihnen zu wecken, beleuchtete den engen Zusammenhang der Gegenwartsaufgaben mit den Gedanken, denen die Tagung dient.

Im Namen der preuß. Staatsregierung und der Reichsregierung begrüßte anschließend Ministerialdir. Nentwig, selbst ein Sohn Breslaus, die Erschienenen und gab der Hoffnung auf Förderung der Denkmalpflege und des Heimatschutzes im Osten durch die Veranstaltung der Tagung Ausdruck, ein gerade für das unbekannte Schlesien besonders wünschenswerte Förderung, das als Musterbeispiel für eine glückliche und erfolgreiche Besiedlung auf friedlichem Wege gelten dürfe. Die Kenntnis Schlesiens und seiner Kunst zunächst den Tagungsteilnehmern, sodann auch weiteren Kreisen vertraut zu machen, sei der Sinn des vom preuß. Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den Tagungsteilnehmern gewidmeten Buches „Die Kunst in Schlesien" und der aus Anlaß der Tagung veranstalteten Ausstellungen. Die Beziehungen der schlesischen Kunst des Mittelalters und Barocks zu seinem mittelbaren und unmittelbaren Nachbarländern zeige uns Schlesien als Bindeglied zwischen österreich. und norddeutscher Kultur, deren innige Gemeinschaft ihren Ausdruck fände in der auf der Wiener Pfingsttagung 1926 von österreich. und deutschen Berufskonservatoren begründeten.

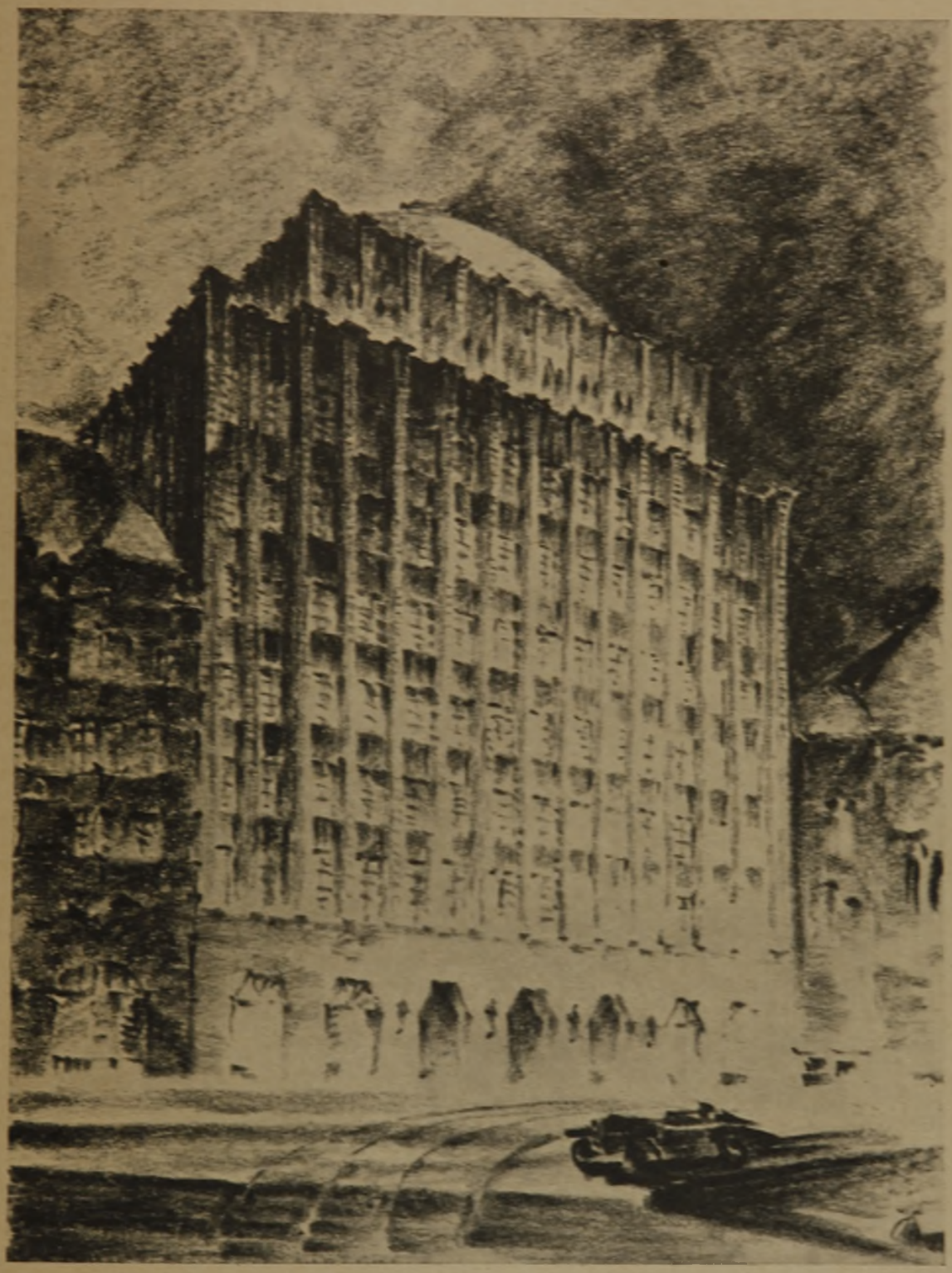


Abb. 8. Schaubild vom Standpunkt B des Lageplans im Zuge der Goseriede.
Hochbaus-Entwurf. Geschäftshaus des Hannoverschen Anzeigers. Arch. Lorenz.

Abb. 1. Mauritiuskirche. Anfang 18. Jahrh.

Abb. 2. Elisabeth-Kirche.

Zu Abb. 2. Die beiden, durch das frühere Kirchhofsportal verbundenen, den Maßstab der Kirche erheblich steigernden Häuser im Vordergrund sollen wegen der unumgänglichen beiderseitigen Fahrbahnverbreiterung fallen. Sollten sie durch Auflösung der Erdgeschosse in offene Arkaden (für die Fußgänger) nicht doch zu erhalten sein?

vom österreich. Bundesamt für Denkmalpflege herausgegebenen und zur Breslauer Tagung erstmalig erschienenen neuen „Zeitschrift für Denkmalpflege" für das gesamte deutsche Kulturgebiet (auf die noch besonders hingewiesen werden soll).

Die dieser Zeitschrift vom preuß. Ministerium zuteil werdende Unterstützung bedeute nicht eine Negierung der seit langem bestehenden vom preuß. Finanzministerium herausgegebenen Zeitschrift „Die Denkmalpflege", die ihre Sonderaufgaben weiter erfüllen und bei dem Umfang des Stoffgebietes keine Einbuße erleiden werde.

Als Sprecher der kath. Kirche Schlesiens weist der Fürstbischof von Breslau, Dr. Bertram, in feinsinniger Rede auf die Bedeutung der Kirche für die Kunst des Landes hin, die in den Blütezeiten immer im Schatten des Kreuzes gewachsen sei. Ein konservativer Zug und tiefe Ehrfurcht seien die Komponenten sowohl echten kirchlichen Lebens wie auch der Denkmalpflege, die im Grunde genommen Pietät und, in Beziehung auf unsere engere Heimat und deren Kunstschätze, Lokalpatriotismus

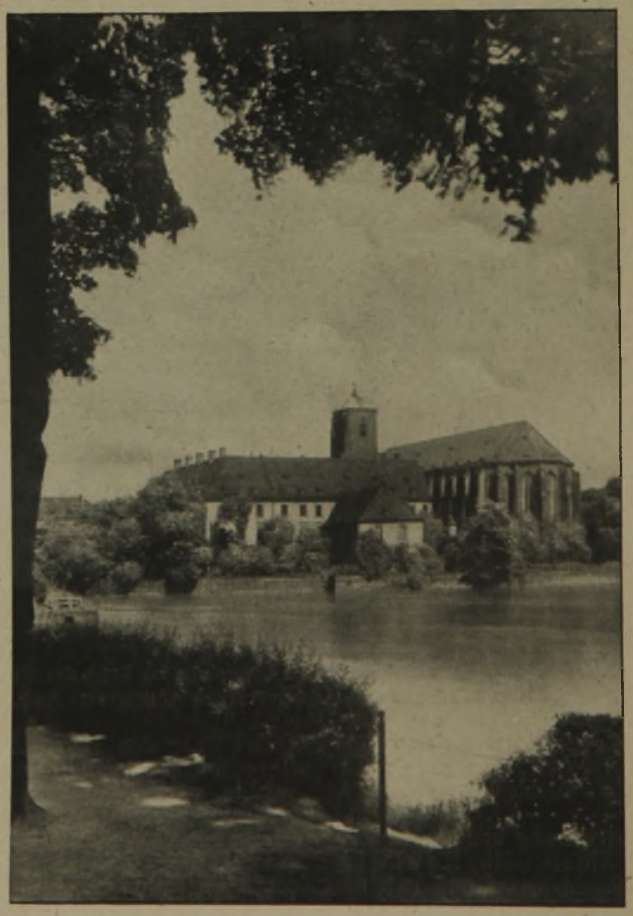


Abb. 3. Sandkirche.

Abb. 1—3. Aufnahmen der staatlichen Bildstelle zu Berlin.

im edelsten Sinne des Wortes sei. Was den Menschen von Kindheit an lieb und vertraut, das werde sicher im Herzen bewahrt. Deshalb müssen, wenn Denkmalpflege als geistiges Prinzip kein angelerntes Empfinden, sondern ein spontanes Gefühl und damit allein lebensfähig sein soll, die Jugenderziehung durch Elternhaus und Schule, das Hinführen der Jugend zu den Kunstschätzen der Heimat durch Bild und Belehrung eine Hauptaufgabe der für Denkmalpflege und Heimatschutz sich einsetzenden Kreise sein. Daraus erhelle zugleich, daß die Denkmale in letzter Linie erst in Museen gehören, sondern vielmehr möglichst an der Stelle, für die sie geschaffen, und in ihrer ursprüngl. Umgebung zu belassen seien. Endziel sei, die lebendige Sprache der Denkmale zu allen Gliedern des Volkes sprechen zu lassen.

Die politische Bedeutung der Tagung wurde durch die Begrüßungsansprache des Ob.-Präsid. f. d. Prov. Niederschlesien, Zimmer, ins Licht gerückt. Schlesien ist zu drei Vierteln von slawischen Grenzen umgeben. Dagegen ist die natürliche Gravitierung des Landes nach dem Osten

Abb. 4. Aula Leopoldina der Friedrich-Wilhelm-Universität Breslau. Vorderer Teil mit Katheder.

Abb. 5. Musiksaal. Emporen-Seite. Friedrich-Wilhelm-Universität Breslau.
Aufnahme der Staatlichen Bildstelle zu Berlin.

unterbunden. Handel und Industrie müssen darunter leiden, und den kerndeutschen Schlesiern geht es schlechter als den Volksgenossen in anderen Landesteilen. Die Gefahr der Heimatflucht liegt bedenklich nahe, und so ist Heimatschutz gerade hier von sehr praktischer Bedeutung.

Die Grüße der ev. Provinzialkirche Schlesiens überbrachte der Gener.-Superind. D. Schian, der die Anwesenden als Freunde der Geschichte, der Kunst und der Heimat willkommen hieß und auf die gegenseitige Bedingtheit von Kunst- und Heimatbewußtsein auf der einen, Religion auf der anderen Seite und in diesem Zusammenhang auf die kürzlich begründete Vereinigung für christl. Kunst in Schlesien und die Dorfkirchenbewegung hinwies.

Der Landeshauptmann der Provinz Niederschlesien, v. Thaer, erinnerte an das verlorene Posen und das Unrecht an Oberschlesien, an die nunmehr ganz exponierte Lage der schles. Heimat, die ihre Einheit mit dem übrigen Deutschland durch diese Tagung bekräftigt sehen möchte.

Der Vorstand des österreich. Bundesdenkmalamtes, Hofrat v. Schubert-Soldern-Wien, dankte namens der Delegierten aller ausländ. Staaten, entbot die Grüße der österreich. Regierung und stellte mit Genugtuung die Vereinigung der gemeinsamen Bestrebungen in der neuen Zeitschrift fest.

Freiherr v. Stein sagte jedem Redner und der Stadt Breslau für ihre Gastfreundschaft herzliche Worte des Dankes, und zwangl. Gedankenaustausch, bei dem auch das leibl. Wohl auf seine Rechnung kam, beschloß den Abend. —

(Schluß folgt.)

Vermischtes.

Die Besetzung der Stadtbauratsstelle in Frankfurt a. O. wird vom dortigen Magistrat ausgeschrieben. Verlangt werden Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen. Besoldung nach Gruppe 13 (aufsteigende Gehälter) des Beamtendiensteinkommengesetzes. Berechnung des Ruhegehaltes nach den für die unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Grundsätzen. Versorgung der Hinterbliebenen nach den Bestimmungen für die unmittelbaren Staatsbeamten. Bewerbungen bis 15. Nov. an Herrn Handelskammersyndikus Beutel in Frankfurt a. O. —

Die Wahl des Stadtbaurates für Hochbau in Berlin, die sich nachgerade zu einer Tragikomödie auszuwachsen drohte, ist entschieden. Die Tagespresse meldet darüber: abgegeben 168 Stimmzettel, davon 12 unbeschrieben, also ungültig, 102 Stimmen für den Kandidaten der SPD., Dr.-Ing. Martin Wagner, Berlin, 47 Stimmen für den Vizepräsidenten der Bau- und Finanzdirektion Berlin, Kühn (Deutschnat.), 4 Stimmen für Senator Stadtbaurat Elkart, Hannover (Dem.), 2 Stimmen für Arch. Gelhorn (Komm.). Die Entscheidung wird also als eine politische Machtfrage angesehen, wie das ja leider in neuerer Zeit schon mehrfach bei der Besetzung unpolitischer Stadtbauratsposten in anderen Städten der Fall gewesen ist; auch eine Errungenschaft der Neuzeit, denn wir erinnern uns, daß zur Zeit der Herrschaft des Freisinns in Berlin gleichzeitig ein nationallib. Oberbürgermeister (Forkenbeck), ein desgl. Stadtbaurat für Tiefbau (Hobrecht) und ein freikons. Syndikus (Meubrink) an der Spitze standen und daß auch sonst einflußreiche Ämter mit Angehörigen anderer Parteien besetzt waren.

Aber die Frage ist entschieden; es erscheint zwecklos, dazu noch einen Epilog zu schreiben. Der neue Stadtbaurat für Hochbau (welche weitere Stellung ihm in der Organisation des Bauwesens eingeräumt ist oder noch wird, ist zur Zeit nicht bekannt) hat eine längere Tätigkeit im kommunalen Dienst hinter sich, zunächst in Berlin-Weißensee, dann Hamburg, weiter in Rüstringen bei Wilhelmshaven, dort in leitender Stellung, dann wieder in Berlin als Abteilungsvorst. im Zweckverband Groß-Berlin, nach dem Kriege etwa 2 Jahre als Stadtbaurat in Schöneberg, seitdem Leiter des „Verbandes sozialer Baubetriebe" bzw. Direktor der „Deutschen Wohnungs-A. G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter". Städtische Verhältnisse und besondere Berliner Bedürfnisse sind ihm also nicht unbekannt. Als die Stadt Berlin zu der Frage der Organisation des städt. Bauwesens im Januar des Jahres Vertreter aus den verschied. Lagern der Technik zu Worte kommen ließ, hat er ein Programm entwickelt, dem wir in vielen Punkten zustimmen konnten, wenn wir auch in der zu weit getriebenen Zentralisation, die er vorschlug, eine Gefahr für die weitere Entwicklung erblickten[1]). Nur in der Hand einer Alle überragenden Persönlichkeit, die gleichzeitig ein hohes Maß von Selbstentäußerung besitzen müßte, wäre eine solche Machtfülle zu ertragen. Der neue Stadtbaurat wird jetzt zu erweisen haben, daß er eine solche Persönlichkeit ist, mit freiem Blick für die wirtschaftlichen, technischen und baukünstlerischen Bedürfnisse einer Millionenstadt, und ob er sich von einseitigem parteipolitischen Standpunkt freimachen und nur auf das Wohl des Ganzen gerichtet, handeln kann. Bis dahin werden wir mit unserem Urteil zurückhalten. — Fritz Eiselen.

Zur Frage des Reichsehrenmals hat der „Berliner Arch.- u. Ing.-Verein" usw. an den Reichsminister des Innern, Dr. Külz, folgende Entschließung gerichtet: „In der am 20. Okt. d. J. abgehalt. Versammlung künstlerischer Vertretungen haben Abgeordnete geladener Verbände wiederum den Eindruck empfangen, daß die Errichtung eines Reichsehrenmales nicht, wie es selbstverständlich sein sollte, als Angelegenheit des gesamten deutschen Volkes und insbes. der ges. deutschen Künstlerschaft behandelt werden soll, sondern daß diese Angelegenheit beamten- und ressortmäßig vorweg in einem kleinen Kreise bearbeitet wird.

Es sollen sogar einzelne Künstler dem Vernehmen nach mit Vorarbeiten für ein best. Projekt beauftragt worden sein. Dadurch wird jetzt schon eine ganz best. Voreingenommenheit unvermeidlich vorbereitet.

Dem gegenüber halten es die unterzeichneten Verbände und Vereine für ihre Pflicht, wiederholt öffentlich die Forderung zu erheben, daß von den Reichsbehörden anerkannt werde, daß diese Aufgabe eine solche ist, an deren Lösung die ges. deutsche Künstlerschaft in geeigneter Weise mitzuarbeiten berufen ist.

Die unterzeichneten Vereine und Verbände fordern daher von der Reichsregierung und vom Reichstag wiederholt, daß aus den Vertretungen der verschied. deutschen Kunstrichtungen auf Vorschlag der Verbände und Vereine und durch von diesen abgeordn. Künstler ein Ausschuß gebildet wird, der die Vorarbeiten für die Gestaltung des Reichsehrenmales mit bestimmenden Einfluß auf die jetzt tätigen beamteten Kräfte durchführt. Diesem Ausschuß wären nicht nur die Vorbereitungen eines allgemeinen Wettbewerbes, sondern zunächst auch die Begutachtung der verschiedenen zur Wahl stehenden Plätze in bezug auf die verschiedenen Möglichkeiten zu übertragen." —

[1]) Vgl. Jahrg. 1926, Nr. 18, S. 159 ff. —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines Pfarrhauses und eines Doppelwohnhauses für zwei Vikarwohnungen für die katholische Kirchengemeinde in Schwelm wird unter den in den Kreisen Hagen und Schwelm und in den Stadtbezirken Barmen und Elberfeld wohnenden Architekten mit Frist zum 15. Novbr. 1926 ausgeschrieben. I. Preis 500 M., II. Preis 300 M., III. Preis 200 M. Unterlagen gegen 5 M. vom kath. Pfarramt Schwelm. —

Laufende Wettbewerbe.

Dillingen. Ehrenmal. Ausdehnung: Saargebiet. Frist: 25. Nov. 1926. Ausschreibung: „Dtsch. Bztg." Nr. 82.

Kopenhagen. Eisenbahnbrücke über den Kleinen Belt. International. Frist 1. Dezember 1926. Ausschreibung „Dtsch. Bztg." Nr. 76.

Münster i. W. Kath. Pfarrkirche mit Pfarrhaus und Küsterwohnung. Ausdehnung: Münster, Paderborn, Osnabrück und Köln (nur kath. Architekten). Frist: 1. Dez. 1926. Ausschreibung: „Dtsch. Bztg." Nr. 72.

Niendorf. Mittelschule. Ausdehnung: Hamburg. Frist: 1. Dez. 1926. Ausschreibung: „Dtsch. Bztg." Nr. 86.

Neurode. Kriegerehrenmal. Ausd.: Schlesien. Frist: 1. Dezember 1926. Ausschreib.: „Dtsch. Bztg." Nr. 86.

Dresden. Arbeiten der Kleinplastik. Ausd.: Sachsen. Frist 4. Dez. 1926. Ausschr. „Dtsch. Bztg." Nr. 72.

Kettwig. Bebauung des Geländes am Bögelsknappen. Ausdehnung: Ruhrsiedlungs-Verband und Düsseldorf. Frist: 9. Dezember 1926. Ausschreibung: „Dtsch. Bztg." Nr. 88.

Genf. Völkerbundpalast. Frist: 25. Januar 1927. Ausschreibung: „Dtsch. Bztg." Nr. 54 und 60.

Berlin. Großer Staatspreis 1926. Zugelassen. preuß. Staatsangehörige. Frist: 10. Februar 1927. Ausschreibung: „Dtsch. Bztg." Nr. 76.

Mailand. Bebauungsplan. Ausdehnung: Italien. Ausschreibung: „Dtsch. Bztg." Nr. 88.

Inhalt: Hochhaus-Entwurf für das Geschäftshaus des Hannoverschen Anzeigers zu Hannover. — Bericht über den Tag für Denkmalpflege und Heimatschutz in Breslau 1926. — Vermischtes. — Laufende Wettbewerbe. —

Bildbeilage: Neubau Hannoverscher Anzeiger Schaubild im Zuge der Nordmannstraße —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Eiselen in Berlin.
Druck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.

SCHAUBILD IM ZUGE DER NORDMANNSTRASSE

ARCHITEKT B.D.A. LORENZ, HANNOVER

DEUTSCHE BAUZEITUNG. LX. JAHRGANG 1926. NR. 89